



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2009/2171(INI)

28.4.2010

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Entwicklungsausschuss

zur Verringerung der Armut und Schaffung von Arbeitsplätzen in
Entwicklungsländern: weiteres Vorgehen
(2009/2171(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Gabriele Zimmer

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Entwicklungsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, wie wichtig es ist, eine umfassendere Definition von Armut, wie sie im Rahmen des Weltgipfels für soziale Entwicklung 1995 in Kopenhagen formuliert wurde und die Begriffe wie Entbehrung, soziale Ausgrenzung und mangelnde Teilhabe einschließt, zu etablieren und zu stärken und darüber hinaus das Konzept eines Modells der sozialen Entwicklung, wie im Bericht der Vereinten Nationen über die weltweite soziale Lage 2010 „Rethinking Poverty“ vorgeschlagen, zu fördern;
2. betont, wie wichtig es ist, alternative Indikatoren für die Bewertung des sozialen Fortschritts in den Entwicklungsländern zu fördern, die sich nicht auf das BIP beziehen, insbesondere mit Blick auf die Vorschläge der Kommission für die Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts unter dem Vorsitz von Joseph Stiglitz;
3. fordert, dass nach Ländern und Regionen aufgeschlüsselte Lösungsansätze zur Bewältigung der weltweiten Wirtschaftskrise ausgearbeitet und dabei die in dem Globalen Beschäftigungspakt der Internationalen Arbeitsorganisation aufgeführten Maßnahmen berücksichtigt werden, um auf diese Weise Investitionen in beschäftigungsintensive und umweltfreundliche Sektoren sowie Sozialschutzsysteme zu fördern;
4. fordert, dass die IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeitsbedingungen sämtlichen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zugrunde gelegt wird, um eine ausgewogene Verteilung der sich aus dem Wirtschaftswachstum ergebenden Vorteile zu ermöglichen;
5. betont, dass die Sozialpartner eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung wahrnehmen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken können, weshalb der Auf- und Ausbau von Organisationen, die diese Gruppen vertreten, gefördert werden sollte;
6. fordert die uneingeschränkte Verwirklichung der Vereinigungsfreiheit für Gewerkschaften und des Rechts auf Kollektivverhandlungen ohne Ausnahme, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchzusetzen, zu verbessern und zu verteidigen;
7. fordert die Verwirklichung des Rechts auf Diskriminierungsfreiheit, d.h., des Rechts, ungeachtet des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Ausrichtung arbeiten zu können und gleich behandelt zu werden, als Kernprinzip bei der Bekämpfung der Armut;
8. fordert die uneingeschränkte Anwendung des Rechts auf Freiheit von Zwangsarbeit und insbesondere von Kinderarbeit, da Kinder ohne Bildung zu einem Leben in Armut verurteilt sind;
9. fordert, dass ein besonderer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Kinderarbeit gelegt wird, um stattdessen Arbeitsplätze für Erwachsene zu schaffen und Kindern eine angemessene Schulbildung zu ermöglichen;

10. betont, dass durch kleine Landwirtschaftsbetriebe, die sich auf dezentralisierte, ökologische und nachhaltige Produktionsmittel konzentrieren, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht werden, da sie pro Hektar mehr Menschen beschäftigen als große Landwirtschaftsbetriebe und die Landwirte und Beschäftigten im Verhältnis mehr für beschäftigungsintensive, ländliche Nicht-Agrarerzeugnisse ausgeben;
11. weist darauf hin, dass Klein- und Kleinstunternehmen, vor allem im Agrarsektor, eine angemessene Finanzierung benötigen, beispielsweise Kleinstkredite, um vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen;
12. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, entsprechend dem globalen Beschäftigungspakt der IAO die öffentliche Finanzhilfe für Klein- und Kleinstunternehmen und Landwirte in den Entwicklungsländern, einschließlich im informellen Sektor, zu verstärken, um Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen;
13. fordert, dass den Bereichen Bildung, Unterstützung von Schulabgängern, berufliche Bildung, technische Ausbildung, Kompetenzerweiterung, lebenslanges Lernen, Zugang zu Finanzmitteln, Schaffung hochwertiger Ausbildungsgänge, die der Verbesserung der Perspektiven der Teilnehmer dienen, Gesundheit und Sicherheit sowie Förderung von Projekten zur Unterstützung des Unternehmertums, vor allem für Klein- und Kleinstunternehmen, Vorrang eingeräumt wird, um ein nachhaltiges Arbeitskräftereservoir zu schaffen, und dass der Schwerpunkt hierbei insbesondere auf Jugendliche, ältere Menschen, Behinderte und Vertriebene, Frauen und andere marginalisierte Gruppen gelegt wird;
14. fordert, die rechtliche und soziale Stellung von Frauen deutlich zu stärken, um Diskriminierung zu vermeiden und das Potential der Frauen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu nutzen;
15. fordert, dass die gesamte Entwicklungspolitik der EU, die Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verringerung von Armut hat, ihren Schwerpunkt auf Maßnahmen legt, die Regierungen, Zivilgesellschaft, Unternehmen, Stiftungen und die lokalen Gemeinschaften dazu verpflichten, die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 umzusetzen;
16. fordert eine verstärkte Koordinierung der Entwicklungspolitik zwischen der Kommission und den EU-Mitgliedstaaten, um zu verhindern, dass sich die verschiedenen politischen Maßnahmen negativ auf die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele auswirken;
17. ermutigt die Geberländer, die in der Krise liegenden Chancen zu nutzen, um die bestehenden Möglichkeiten hinsichtlich zusätzlicher und innovativer Quellen der Entwicklungsfinanzierung näher zu prüfen und neue Wege zu finden, die es den Entwicklungsländern ermöglichen, ihre Einnahmequellen zu diversifizieren und eine effiziente, konkrete und funktionierende Ausgabenplanung vorzunehmen;
18. fordert die Entwicklungsländer auf, bei der Formulierung ihrer Länderstrategiepapiere und in den nationalen Richtprogrammen den Ausbau des Landwirtschaftssektors und die

Verbesserung der Ernährungssicherheit in den Vordergrund zu stellen;

19. fordert, dass die Regierungen Maßnahmen, die zur Befriedigung gesellschaftlicher Grundbedürfnisse beitragen, Vorrang einräumen und insbesondere Kinder und gefährdete Frauen, die von der Krise in hohem Maße betroffen sind, sowie gefährdete Jugendliche, unqualifizierte, eingewanderte und gering verdienende Arbeitnehmer, Landarbeiter und Menschen mit Behinderung unter ihren Schutz stellen;
20. fordert, dass Grundschulbildung und Gesundheitswesen die Grundlage der Entwicklungspolitik bilden, und betont, dass die derzeitige Situation nicht zu einer Kürzung der nationalen Ausgaben und zu einem Rückgang der internationalen Unterstützung in diesen Bereichen führen darf;
21. fordert eine Verbesserung der Chancengleichheit und des gleichen Zugangs zu Bildung, hochwertiger Ausbildung und Weiterbildung; fordert, dass die Aufnahme von Krediten (einschließlich Kleinstkrediten) erleichtert wird, damit neue Arbeitsplätze entstehen;
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten dringend auf, in den Programmen für Entwicklungsländer das Modell der sozialen Verantwortung der Unternehmen (CSR) als rechtsverbindlichen Grundsatz für die Einbeziehung sozialer und ökologischer Anliegen in die Geschäftstätigkeiten von Unternehmen und in ihre Interaktion mit Subunternehmen und Interessengruppen zu fördern;
23. fordert eine bessere Unterstützung im Hinblick auf Arbeitsplätze und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine Abstimmung der Beschäftigungs- und der gesamtwirtschaftlichen Politik, wobei letztere nicht auf die Überwachung der Inflation und der Handels- und Haushaltsdefizite beschränkt werden, sondern auch auf die Stabilität der realen Produktion, der Einkommen und der Beschäftigung ausgerichtet sein sollte;
24. fordert eine verbindliche Aufnahme der IAO-Normen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie von Umweltnormen in Handelsabkommen;
25. fordert ein Überdenken der Privatisierungspolitik, insbesondere hinsichtlich öffentlicher Versorgungsleistungen wie Wasser, Kanalisation und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie der sozialen Rolle von Staaten beim staatlichen Handeln im Bereich der Entwicklungspolitik, einschließlich der Rolle staatlicher Unternehmen als Arbeitgeber und Anbieter sozialer Dienstleistungen;
26. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission nachdrücklich auf, auf eine andere Auslegung des Artikels XXIV der WTO hinzuwirken, um Ausnahmen für schutzbedürftige Verarbeitungs- und andere Sektoren von Handelsabkommen zu ermöglichen, wo dies gerechtfertigt ist, und unterstreicht, wie wichtig es ist, länderspezifischen Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit auf Exportmärkten, wie Beschäftigungsstrukturen in der Vorhandelsphase, Maßnahmen für den sozialen Sektor, Stand der sozialen Entwicklung, Grundbesitzstrukturen und Machtverhältnissen im ländlichen Raum, Kapazitäten beim Exportangebot, technologischen Fähigkeiten und dem Bestehen gut entwickelter Märkte mehr Raum zu geben;

27. schlägt vor, dass Kommission, Parlament und die Mitgliedstaaten Möglichkeiten der Liberalisierung des Imports von Agrarerzeugnissen aus Entwicklungsländern prüfen, ohne gegenseitige Freihandelsabkommen beizubehalten, die regionale Märkte in Entwicklungsländern zerstören könnten;
28. fordert die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, nachhaltige Unternehmen, die menschenwürdige Arbeitsplätze schaffen, als einen spezifischen Bereich der Entwicklungszusammenarbeit entsprechend dem „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“ von 2005 zu fördern und seine Einbeziehung in traditionellere Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit, wie Infrastruktur, ländliche Entwicklung, Governance und handelsbezogene Hilfe, zu unterstützen;
29. verweist auf die entscheidende Rolle der Systeme der sozialen Sicherung, wie sie im Globalen Beschäftigungspakt der IAO und der „Social Protection Floor“- Initiative der Vereinten Nationen erwähnt werden; fordert daher, mehr Gewicht auf die Systeme der sozialen Sicherung zu legen, um eine Zunahme der Armut zu verhindern und soziales Elend zu bekämpfen und dabei einen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Erhaltung und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit zu leisten;

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	28.4.2010
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 43 -: 0 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Regina Bastos, Edit Bauer, Jean-Luc Bennahmias, Pervenche Berès, Mara Bizzotto, David Casa, Alejandro Cercas, Ole Christensen, Sergio Gaetano Cofferati, Marije Cornelissen, Frédéric Daerden, Proinsias De Rossa, Sari Essayah, Pascale Gruny, Thomas Händel, Marian Harkin, Roger Helmer, Stephen Hughes, Liisa Jaakonsaari, Danuta Jazłowiecka, Ádám Kósa, Jean Lambert, Veronica Lope Fontagné, Olle Ludvigsson, Elizabeth Lynne, Thomas Mann, Elisabeth Morin-Chartier, Csaba Óry, Rovana Plumb, Konstantinos Poupakis, Sylvana Rapti, Licia Ronzulli, Elisabeth Schroedter, Jutta Steinruck, Traian Ungureanu
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Raffaele Baldassarre, Kinga Göncz, Filiz Hakaeva Hyusmenova, Gesine Meissner, Ria Oomen-Ruijten, Csaba Sógor, Emilie Turunen, Gabriele Zimmer
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	João Ferreira